

# 10 Sozialgebote des SoVD für Bremen



Landesverband Bremen

## Landesverband Bremen

In Zeiten vom demographischen Wandel, Welt-Wirtschaftskrisen, Technologiefortschritten in allen volkswirtschaftlichen Bereichen, Klimaänderungen, Änderung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und dadurch veränderte Bedingungen in der sozialpolitischen Situationen dürfen deren Auswirkungen nicht zu einer Armut in einem reichen Land führen. Die Auswirkungen des zuvor beschriebenen waren und sind in Bremen und Bremerhaven mithin im ganzen Land zu spüren. Bei den vorliegenden zehn Punkten handelt es sich liegt nicht nur um *zehn soziale Gebote* sondern um *zehn Sozialgebote*.

### 1. Menschen mit Behinderungen

#### **Gebot 1 : Menschen mit Behinderungen sind zu integrieren**

Trotz der hohen Inklusionsquote sind weitere Anstrengungen unerlässlich, um die Inklusion und die Integration menschenwürdig weiter voranzutreiben. Der Nichtabbau von Barrieren bedeutet eine Beschränkung der Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben. Hierzu gehört nicht nur die Integration in kultureller Hinsicht sondern vielmehr auch die Integration in grundlegende Bereiche: Zugang zu öffentlichen Gebäuden, barrierefreier Zugang zu der Gesundheitsversorgung, barrierefreier Zugang zur Bildung sowie ein barrierefreier Öffentlicher Personen-Nahverkehr. Das bedeutet auch die konsequente Schaffung und Durchsetzung von rechtlichen Bestimmungen bezüglich der Integration, der Inklusion und der Barrierefreiheit. Hierzu sind der Einsatz und die Umsetzung eines landesweiten Aktionsplanes und die Einwirkung auf das Entstehen eines nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erforderlich.

### 2. Arbeit

#### **Gebot 2 : Arbeit muss zum Leben reichen**

Ein Mindestlohn, der zum Leben reicht ist selbstverständlich. Weder Arbeit noch Arbeitslosigkeit dürfen arm machen. Um ein Leben in der Mitte der Gesellschaft im Land Bremen zu ermöglichen sind strukturelle Anpassungen erforderlich, die mit einer entsprechenden Gestaltung der Arbeitsplatzpolitik einhergehen. Damit Arbeit zum Leben reicht, muss auch die Möglichkeit für Arbeit geschaffen werden und die Arbeitslosenquote *real* gesenkt werden. Eine Verundeutlichung der Statistik durch Ein-Euro-Jobs ist dabei zu vermeiden. Wenn auch im Land Bremen und darüber hinaus in neue Technologien der Energieversorgung investiert wird, entstehen dabei zweifelsfrei neue Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sollten sich aber an einer Mindestlohn-garantie von mindestens 10 Euro halten und spätestens nach dem ersten befristeten Arbeitsvertrag in einen festen Arbeitsplatz umwandeln. Der Niedriglohnsektor und der Missbrauch bei der Leiharbeit soll bekämpft werden.

## Landesverband Bremen

Für gute Arbeit gebietet sich ein fairer Lohn und soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Die Arbeitgeberschaft ist an dieser Stelle in die Verantwortung zu nehmen. Aus Lohnarmut erwächst Altersarmut.

### 3. Gesundheitsversorgung

#### **Gebot 3 : Kranke müssen versorgt werden**

Die Gesundheitsversorgung muss in allen Gebieten im Land Bremen (Bremen und Bremerhaven) im Sinne der Patienten sichergestellt sein. Hierzu gehört auch ein existenzsicherndes und sozialverträgliches Entlohnungssystem für alle in der Gesundheit Beschäftigten. Die Zulassungspolitik auf dem ärztlichen Sektor der entsprechenden Behörden darf nicht dazu führen, dass Patienten Hürden jeglicher Art überwinden müssen, um Zugang zu der Gesundheitsversorgung zu erlangen. Im Mittelpunkt des Gesundheitssystems und der Gesundheitsversorgung muss der Patient stehen. Eine *Zwei-Klassen-Medizin* ist zu verhindern und ein hohes Niveau für alle ist sicherzustellen. Eine unabhängige Stellung des Patientenvertreters, sowie im Landeskrankenhausgesetz vorgesehen, ist sicherzustellen.

### 4. Pflege

#### **Gebot 4 : Zu Pflegende müssen in Würde gepflegt werden**

Um eine würdevolle Pflege zu erreichen ist es unersetzlich, das neue bremische Wohn und Betreuungsgesetz konsequent umzusetzen. Zu erlassende Rechtsverordnungen sind ebenfalls zügig zu erstellen und umzusetzen. Hierbei sind Patientenvertreter und Verbände zu beteiligen. Um eine würdevolle Pflege zu gewährleisten, muss zunächst der Pflegebedürftige selbstbestimmt entscheiden wo und mit wem erleben will. Hier steht das selbstbestimmte Leben in privater Atmosphäre im Vordergrund. Hierzu gehört auch, dass die häusliche Pflege gestärkt wird. Wenn der Pflegebedarf vollständig erfasst und abgedeckt ist, muss die Qualität in der Pflege gesichert und gesteigert werden. Hierzu gehört es auch, dass pflegende Angehörige entlastet und gestärkt werden. Bei der Pflege von Pflegebedürftigen geht es um den höchst persönlichen Dienst am Menschen, was einer entsprechenden Würdigung bedarf und geboten ist.

### 5. Soziale Spaltung

#### **Gebot 5 : Soziale Spaltung muss bekämpft werden**

Mit Sorge betrachtet der SoVD die immer stärker öffnende Schere zwischen Arm und Reich - auch in Bremen. Es bedarf hier einer Erneuerung des Vertrauens der Menschen in den Sozialstaat. Dieses Vertrauen ist dann zu festigen. Ein Weg wäre hier die Belastung und die Verteilungsgerechtigkeit wiederherzustellen. Höchste Gewinne und steuerliche Entlastung der Wirtschaft stehen sinkende Löhne und ein dramatischer Anstieg im Niedriglohnssektor gegenüber.

## Landesverband Bremen

Das angstverstärkende Lohndumping und unsichere befristete Arbeitsverhältnisse ebnen den Weg in den sozialen Abstieg. Die Abschaffung dieser Umstände führt zu einer Humanisierung der Arbeitswelt.

### 6. Frauen

#### **Gebot 6 : Keine Unterschiede bei der Entlohnung zwischen Mann und Frau**

Seit Jahren erinnert der so genannte Equal Pay Day an die Gehaltsunterschiede zwischen Mann und Frau. Deshalb fordert der SoVD Landesverband Bremen die Entgeltgleichheit für Frauen und Männer für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Hierzu gehört auch eine diskriminierungsfreie Bewertung der Arbeitsleistung von Frauen. Die Gleichberechtigung der Frauen bei Gehalt und Karriere muss auch im Land Bremen sichergestellt werden. Lohnunterschiede von über 22 % sind nicht hinnehmbar. Die Teilhabe behinderter Frauen ist voranzutreiben.

### 7. Bildung

#### **Gebot 7 : Bildung im Land Bremen ist zu stärken**

Die Ergebnisse der Pisa Studie sind nicht hinnehmbar. Das Recht auf Regelschule für behinderte Kinder muss in Bremen ohne Vorbehalte gelten. Bei der Einrichtung von Ganztagschulen ist auf die entsprechende Betreuungsmöglichkeit innerhalb der Ferien für Berufstätige sowie Alleinerziehende zu sorgen. Anderenfalls ist eine Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie nicht gewährleistet. Hierzu gehört auch ein gemeinsames Mittagessen in der Schule zu einem entsprechenden Kostensatz, welcher keine zusätzliche Belastung der Familien darstellt. Anderenfalls fängt hier die soziale Spaltung, durch Isolation, schon in der Schule an. In der Bildung wird ein wesentlicher Grundstein für ein erfolgreiches Leben im Beruf gelegt. Das Land Bremen muss daher die Wirtschaft unterstützen damit sie hier ihre Verantwortung wahrnehmen kann. Ganztagschulen fördern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sondern können auch Bildungsbarrieren abbauen. Ganztagschulen entfernen den Schulerfolg von der sozialen Herkunft. Dieser Weg ist weiter voranzutreiben.

### 8. Rente

#### **Gebot 8 : Bekämpfung der Altersarmut**

Armut führt zu Resignation und Isolation. Das Land Bremen muss sich für die soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung konsequent einsetzen. Der Irrweg der Rente mit 67 ist eingeschlagen. Die Diskriminierung älterer Menschen im Erwerbslosenstatus, die keinen neuen Zugang zu einem Arbeitsplatz finden, steuern somit schon viel früher in die Altersarmut. Die Rente mit 67 ist absurd. Darüber hinausgehende Überlegungen sind verantwortungslos. Für Rentner und Rentnerinnen in Bremen und Bremerhaven sind entsprechende sozialverträgliche

## Landesverband Bremen

Angebote zu erhalten und auszubauen. Die Unterhaltung von Senioreneinrichtungen und entsprechenden Angeboten, um der durch die Armut bedingte Isolation entgegenzuwirken ist dringend erforderlich. Die soziale Spaltung darf nicht schon in der Bildung ihren Anfang nehmen und im Alter ihr Ende.

### 9. Familie

#### **Gebot 9 : Sozialer Schutz für Familien**

Die Familie als kleinstes gesellschaftliches Mosaiksteinchen der Gesellschaft ist unbedingt zu schützen. Um die Kinder- und Familienarmut zu vermeiden, die auch aus Mangel an Betreuungsangeboten heraus wächst, da der Erziehungsberechtigte bzw. die Erziehungsberechtigte keine Möglichkeit hat, um auf ein Betreuungsangebot zurückzugreifen, ist für Bremen und Bremerhaven eine bedarfsgerechte und leistbare Betreuungslandschaft im Bereich der Ganztagschulen und darüber hinaus sicherzustellen und zu koordinieren. Den Eltern, sowie Alleinerziehenden muss damit die Chance gegeben werden am Erwerbsleben teilzuhaben. Bremen und Bremerhaven muss diese Verantwortung schnellstens wahrnehmen.

### 10. Bremer Haushalt

#### **Gebot 10 : Sozial orientierte Haushaltssanierung**

Der Bremer Haushalt ist ohne Einschnitte in die soziale Versorgung zu sanieren. Der Verlust von Arbeitsplätzen ist dabei zu verhindern. Die bisher positive Inklusionsquote darf hierunter nicht leiden.